

Unabhängige Bauerninformation

Berufsständisch • Parteiunabhängig • Kritisch



Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik!

Der aktuelle „Grüne Bericht“ sagt uns:

Bauern-Spitzenvertreter:

210.000 bis 280.000 Euro Einkommen brutto im Jahr

Beamte: Mittleres Bruttoeinkommen 67.500 Euro im Jahr*

Bauern: 40.000 Euro Einkommen/Jahr – abzüglich Bauern-SVS (12.000) =

28.000 Euro – bei zwei Arbeitskräften je AK 14.000 Euro netto

Biobetriebe und Bergbauern rund 33.000, abzüglich SVS rund 21.000 Euro/Jahr

* Quelle: Statistik Austria

Was passt bei diesem Vergleich nicht?

Wir wollen als UBV, dass die Bauern beim Einkommen auf Augenhöhe mit den Beamten sind.

Wir haben „die Eier“ dazu, das zu ändern. Willst du uns dabei unterstützen?

Hast du Eier



www.ubv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Grüner Bericht: UBV fordert Sockelbetrag

Mit 30.000 Euro ab 20 ha. Von 1 bis 19 ha 1.500 Euro je ha.

Für Bergbauern oder Bio jeweils zusätzlich 1.000 Euro bis 1.500 Euro. Gedeckelt bei 100 ha!

Es gilt: Weil wir Bauern sind, engagieren wir uns beim UBV. Damit wir Bauern bleiben, brauchen wir Einkommen – sprich eine Abgeltung aller Leistungen, die wir erbringen. Derzeit machen wir vieles ohne Bezahlung. Zum Beispiel die Bereitstellung von Kulturlandschaft. Zukünftig wollen wir alle unsere Leistungen bezahlt haben. Und generell eine Abgeltung der Inflation.

Aktuell meint die Politik, die Bauern sollen für alle Wünsche der Gesellschaft von den Rechnungen bis zu den Gewinnen bezahlen. „Man würde die Bauern eh mit „Fördergeld“ zuschütten. Außerdem hätten sie Millionenvermögen in Form von Grund und Boden. Dieses Gehabe und diese Denkweise stoßen uns richtig sauer auf. Da unsere Vertreter meist dazu schweigen, weil sie am Rockzipfel ihrer Parteien hängen. Und: Die meisten Bauernvertreter leben nicht von dem, was sie am Betrieb erwirtschaften. Daher wissen sie gar nicht mehr, was auf den Bauernhöfen wirklich los ist.

10 fleißige Hände für 1 Einkommen?

Wem ist es zu verdanken, wenn viele Agrarspitzenvertreter zwischen 15.000 und 20.000 Euro brutto im Monat nehmen? Zum Vergleich: Die Bauern verdienen – siehe Grüner Bericht – rund 28.000 Euro/Jahr je Betrieb oder bei z. B. 2 Arbeitskräften am Betrieb jeweils 14.000 Euro im Jahr. Wir haben durchschnittlich Bauern-SVS-Beiträge von 12.000 Euro vom aktuellen Ergebnis im Grünen Bericht abgezogen. Dazu arbeitet meist die ganze weitere Familie umsonst fleißig mit. Man kann festhalten: 10 fleißige Hände, damit einer ein mageres Einkommen hat. In welcher

Branche ist das noch so? Das gibt es nirgends. Wagt man es, die Bauerneinkommen kritisch zu hinterfragen, bekommt man von den eigenen Vertretern die Antwort: „Du musst halt mehr Diversifizierung machen“, sprich noch mehr arbeiten, mehrere Sparten oder Berufe ausüben. Oder: „Ja, wenn du nicht zusammenkommst, lässt es halt bleiben!“

Was ist 1 Hektar Kulturland wert?

Im UBV-Programm haben wir einen konkreten Vorschlag für eine Abgeltung aller Leistungen, die von den Bauern unentgeltlich erbracht werden, auf den Tisch gelegt. Wir stellen die Frage: „Was ist ein 1 Hektar Kulturland wert?“ Wir haben konkret auf der Basis der ökonomischen Notwendigkeiten – wie man das als Unternehmer tut – gerechnet. Die Bauernvertretung war erschrocken über die Fakten. Das sind nämlich harte, bittere Wahrheiten. Da der Wahnsinn an Auflagen und Bürokratie anstatt weniger immer mehr wird und man im aktuellen Regierungsprogramm diesen Unsinn weiter fortschreibt, braucht es aus Sicht des UBV einen komplett neuen Ansatz zur Abgeltung ALLER erbrachten Leistungen der Bauern. Und offen gesprochen: Die Ausreden der Bauernvertreter, warum was nicht gehe, interessieren niemanden mehr.

UBV-Sockelbetrag – 30.000 Euro ab 20 Hektar

Dem fehlenden Willen der Bauernvertretung von Wien bis Brüssel, den Bauern eine echte ökonomische Perspektive zu geben, muss man einen „groben“ Keil entgegensetzen. Der steirische LH Josef Krainer I war vor seiner politischen Zeit Holzfäller. In der „Holzfällersprache“ hielt er – politisch gesprochen – einmal fest: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!“ Das, was uns Brüssel und Wien servieren, ist ein großer, grober Klotz. Dem setzen wir nun als UBV einen „groben Keil“ entgegen. Aber im Gegensatz zum groben Klotz aus Brüssel und Wien ist unser „grober Keil“ eine praxistaugliche Lösung für die gute, ökonomische Zukunft der Bauern. Finanzierbar und umsetzbar, wenn man es will. Denn wir suchen Lösungen und keine Schuldigen!

Aufbauend auf dem UBV-Programm und den konkreten UBV-Vorschlägen für eine ökonomische Zukunft der Bauern wollen wir für die Leistungen der Bauern eine öffentliche Abgeltung in der Höhe von 30.000 Euro im Jahr ab einer Betriebsgröße von 20 Hektar. Wir wollen damit Arbeitsplätze auf den Bauernhöfen und so die Erzeugung von regionalen Lebensmitteln absichern. Denn ohne eigene Nahrung ist man



V.l.n.r.: Stefan Stadlbauer, Johann Ilsinger, Herbert Hochwallner, Karl Kepflinger, Heimo Urbas, Josef Tiefenbacher



Bei einem Gewinn von 4 Cent je Liter Milch muss ein Bauer 250 Liter Milch verkaufen, damit er eine Rechnung mit 10 Euro zahlen kann. Vor dem EU-Beitritt konnte man sich mit dem Milchgeld von rund 54 Cent mit dem Verkauf von 1 Liter Milch 3 Wurstsemmeln kaufen. Heute muss man 4 Liter Milch verkaufen, damit sich eine Wurstsemmel ausgereicht.



Wunderschöne, intakte Kulturlandschaft gibt es nur durch und mit den Bauern. Bisher stellen die Bauern das umsonst – gratis – zur Verfügung. Das muss sich ändern. Daher braucht es das UBV-Sockelbetragsmodell für eine echte Abgeltung ALLER Leistungen der Bauern.

täglich erpressbar. Dieser Sockelbetrag ist eine „Mindest-Leistungsabgeltung“ für alle erbrachten Leistungen der Bauern. Dazu gehört zum Beispiel die Bereitstellung einer intakten Kulturlandschaft, das Speichern von CO₂ und die Erzeugung von Sauerstoff. All diese Leistungen werden von den Bauern derzeit praktisch gratis beigebracht! Zudem wollen wir einen Abbau der Bürokratie/Verwaltung um 50 Prozent.

UBV-Leistungsabgeltungsmodell für die Bauern im Überblick

- Jeder Betrieb ab 20 Hektar soll indexgebunden 30.000 Euro als Sockelbetrag im Jahr bekommen
- Unter 20 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche soll jeder Betrieb 1.500 Euro/ha bekommen
- Für Betriebe, die (wie im österreichischen Schnitt derzeit rund 42 ha) mehr als 20 ha bewirtschaften, gibt es für 21 bis 50 ha 1.000 Euro/ha
- Für Flächen von 51 bis 70 Hektar 800 Euro/ha und für 71 bis 100 Hektar 600 Euro/ha
- Biobauern erhalten einen Zuschlag von 1.500 Euro/ha, Bergbauern 1.000 bis 1.500 Euro/ha
- Das Modell ist mit 100 Hektar gedeckelt

Voraussetzung für die Teilnahme am Sockelbetrag-Abgeltungsmodell

- Mindestens eine Person ist hauptberuflich am Betrieb – damit Sozialversicherungszahler an die SVS
- Bei Verpachtung bekommt das Geld der Pächter (Bewirtschafter) – es gibt dazu eine Regelung
- Geld gibt es nur für jene Betriebe, die in die Sozialversicherung der Bauern einzahlen
- Die Bewirtschaftungsform muss auf der Basis von ÖPUL-Programmen aufsetzen
- Diese ÖPUL-Programme sind aber so zu gestalten, dass sie unkompliziert, effizient und praxistauglich umgesetzt werden können. Z.B. angepasst an die Vegetation, nicht starr an ein Datum gebunden

- Eine Tierhaltung, die das Tier schützt und den Menschen unterstützt, d.h. Landwirtschaft ohne Tierleid, ohne gentechnisch verändertes Saatgut, keine schädliche Chemie

Was kostet das UBV-Sockelbetragsmodell zur konkreten Leistungsabgeltung?

Annahme 1

Wir rechnen mit rund 100.000 Betrieben (derzeit gibt es noch rund 110.000 Betriebe)

Annahme 2

Der Sockelbetrag von 30.000 Euro je Betrieb (Annahme 20 Hektar) bedeutet in Summe: $100.000 \times 30.000 = 3.000.000.000 =$

3 Mrd. Euro

Annahme 3

Österreichischer Schnitt an bewirtschafteter Fläche/Betrieb rund 26 ha, in Summe: zusätzlich $600.000 \text{ ha} \times 1.000 \text{ Euro/ha} = 1000 \times 600.000 =$ **0,6 Mrd. Euro**

Annahme 4

1 Mio. ha Bergbauernfläche, davon rund 38 % Almfutterflächen = 0,62 Mio. Bergflächen: $620.000 \text{ ha Bergbauernfläche} \times 1.500 =$ **0,93 Mrd. Euro**

80 % der Bergbauernfläche sind Bio = rund $500.000 \text{ ha Bio} (+1.500 \text{ Euro}):$

$500.000 \text{ ha} \times 1.500:$ **0,70 Mrd. Euro**

→ **Summe Bedarf UBV-Modell: 5,5 Mrd. Euro**

Finanzierung

1,0 Mrd. aus Tourismuseinnahmen, z. B. 150 Mio. Nächtigungen/Jahr = **1,0 Mrd. Euro**
 3,0 bis 3,5 Mrd. aus Flugbesteuerung – 35 Mio. Flugpassagiere/Jahr – 80 bis 100 Euro Aufschlag = **3,0 bis 3,5 Mrd. Euro**
 1,5 Mrd. aus dem Agrarbudget bzw. von jenen, die bei Handelsverträgen profitieren = **1,5 Mrd. Euro**

→ **Summe: ca. 5,5 Mrd. Euro**

Wie soll der Sockelbetrag finanziert werden?

Es gibt unzählige Studien, die nachweisen, dass die Touristen, die nach Österreich kommen, folgende Gründe zum Urlauben in Österreich angeben:

- Sie kommen wegen der schönen Landschaft
- Sie kommen wegen des guten Essens
- Sie kommen wegen der Kultur (Bauten, Festspiele usw.)

Man kann also festhalten: Zu zwei Drittel leisten die Land- und Forstwirte mit ihren Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag, damit Touristen ins Land kommen. Daher meinen wir, dass die notwendige Finanzierung für eine gerechte, echte Leistungsabgeltung der Land- und Forstwirte wie folgt aufgestellt werden soll:

- Ein Beitrag durch die Tourismuswirtschaft. Es gibt da verschiedene Modelle, wie man das regeln kann. Wenn man in jedes Museum Eintritt zahlt, für das Abstellen seines PKWs zahlt, dann kann man für die Naturraumbenützung auch einen Beitrag leisten. Ein Drittel des Brutto sozialproduktes der Tourismus- und Freizeitwirtschaft (65 Mrd. Euro) ist nur möglich, weil Bauern das Kulturland schaffen. Bei rund 150 Mio. Nächtigungen (2024: 154 Mio.) hat man z. B. eine Orientierung.
- Oder ein Aufschlag je Flugticket von 80 bis 100 Euro (kein Mensch versteht, dass man z. B. um 29,90 Euro wohin fliegen kann). Bei rund 35 Mio. Passagieren im Jahr (2024) wären dies rund 3,5 Mrd. Euro/Jahr.
- Gemessen an der Notwendigkeit, dass die Land- und Forstwirte zwei bis drei Mal mehr an Einkommen benötigen, als sie dies derzeit haben, kann man so unkompliziert und unkonventionell die erforderlichen Kosten aufbringen.



Stopp für die Politik gegen uns Bauern

Geschätzte bäuerliche Familien!

Am 25. Jänner 2026 findet die Landwirtschaftskammerwahl bei uns in der Steiermark statt. Es wird das Bauernparlament für die nächsten 5 Jahre gewählt. Das ist eine besondere Wahl. Denn die Politik serviert uns Pläne, welche uns Bauern wirtschaftlich ruinieren. Handelsverträge wie MERCOSUR, mit der UKRAINE oder das „Bauern-Enteignungsprogramm“ – die EU-Entwaldungsverordnung – geben uns wenig Zukunft.

Warum gibt es kein klares NEIN von Seiten der Politik? Wir ersticken unter den bürokratischen Auflagen und Schikanen. Für die Waldarbeit ist – geht es nach den Plänen einer aus dem Ruder laufenden EU-Agrarpolitik – der Laptop wichtiger als die Motorsäge. In Südamerika werden täglich ca. 4.000 Hektar Regenwald gerodet. Das Ziel der EU-Entwaldungsverordnung soll der Schutz der Tropenwälder sein. Dafür schikaniert man uns, obwohl bei uns jährlich tausende Hektar zuwachsen. Das Gesetz wurde auch von Österreichs Agrarministerin unterschrieben. Das ist eine Agrarpolitik gegen uns!

MERCOSUR oder UKRAINE-Verträge treffen nicht nur die Landwirtschaft, sondern die gesamte Gesellschaft. Diese Freihandelsabkommen lassen unsere Betriebe ins offene Messer laufen. In Österreich hören täglich 9 Bauernhöfe auf. Damit verschwinden Arbeitsplätze, Traditionen und Existenzen und ein Stück unserer Kulturlandschaft, mit welcher die Tourismusprospekte werben. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo es KEINE Kompromisse mehr geben darf. Es braucht klare Zeichen = ein klares NEIN!

Oder Beispiel Nebenerwerbslandwirte: Derzeit darf man für den Bezug von Arbeitslosengeld eine bestimmte Einheitswertgrenze nicht überschreiten, obwohl man in das System einzahlt. Diese EHW-Grenze ist komplett zu streichen. Bei all den „Baustellen“ brilliert unsere Vertretung nur mit Beschwichtigungen. In Brüssel ist man dafür, hier dann „offiziell“ dagegen. Das ist Pharisäertum und keine



Gerhard Ederer (Oberes Murtal), Rudi Gutjahr (Mürztal), Thomas Schellnegger (Graz-Umgebung), Hans Ilsinger (Ennstal) und Gerhard Mariacher (Graz) präsentierten im Zuge eines Pressegesprächs die unakzeptablen Rahmenbedingungen – stellvertretend für viele UBV-Aktivitäten – in Graz. Und sie präsentierten dort auch der Öffentlichkeit die konkreten UBV-Forderungen für neue Spielregeln und Rahmenbedingungen. Nachzulesen auch auf www.ubv.at.

Diese EU-Politik ruiniert den Bauernstand Kammerwahl 25.1.2026 in der Steiermark: Sei schlau, wähl UBV!

1994 – vor dem EU-Beitritt meinte man, die EU könnte für die Bauern eine Chance sein. Heute muss man angesichts der konkreten EU-Politik festhalten: „Der EU-Beitritt war ein kapitaler Fehler.“

Die Bauern haben durch die EU-Politik-Entscheidungen keine ökonomische Chance. Sie werden am Altar des Welthandels geopfert. Die Bauern

zahlen bei internationalen Handelsverträgen die Gewinne von z. B. Automobil- oder Tech-Konzernen. Handelsabkommen wie MERCOSUR oder mit der Ukraine demolieren die Bauern.

Bauernpolitik mit Biss und Lösungen für die Bauern. Wir vom UBV wollen das ändern! Du bist aufgefordert, da mitzutun. Wenn du eine andere Agrarpolitik willst. Bei der LK-Wahl am 25. Jänner 2026 in der Steiermark kannst du ein klares Zeichen setzen. Wir bitten dich, wir laden dich ein, uns zu unterstützen. Mit deiner Stimme, als Kandidat, als Mitglied. Der UBV steht als einzige Bewegung – wir sind keine Partei – für eine neue Agrarpolitik. Weil wir Bauern sind und Bauern bleiben wollen. Herzliche Grüße, **Rudi Gutjahr** (Landesobmann, UBV Steiermark)

Das ist an Niedertracht gegenüber den Bauern nicht zu überbieten. Hier knüpelt man die Bauern mit Auflagen nieder. Die Produktion regionaler Lebensmittel wird abwürgt. Mit MERCOSUR oder Ukraine-Verträgen erfolgt der Import von Lebensmitteln ohne Auflagen. Im Sport wäre das undenkbar – z. B. hier 100 Meter laufen und woanders nur 70 Meter. Zum Drüberstreuen enteignet man die Bauern durch die EU-Entwaldungsverordnung. Mitgetragen durch die eigene Bauernvertretung. So geht's nicht weiter.

Was tun? Nachdem die Politik – und die eigene Vertretung – die Bauern voll im Regen



Im ganzen Land hat der UBV Mitstreiter und Vertreter in der Kammer, wie hier im Oberen Murtal. V.l.n.r.: LKR Mag. Gerhard Mariacher, BKR Reinhard Dullnig, BKR Ing. Georg König, LKR Barbara Kapaun-Lerchbaum, BKR Ing. Andreas Racz, UBV Stmk LO Rudi Gutjahr

stehen lässt, gibt es zwei Optionen. Entweder man zahlt z.B. mit einer „Sockelbetragslösung“ alle Leistungen der Bauern, die sie derzeit gratis für die Gesellschaft erbringen, indexgesichert, damit sie ein ehrliches Einkommen haben.

Oder: Wenn nix hilft, muss man auf der Straße überzeugen

Verweigert sich die Politik, müssen wir auf die Straße, um dort die Rahmenbedingungen einzufordern, die uns eine wirtschaftliche Chance geben. Sonst sind wir ökonomisch ruiniert. Von Ausreden, warum was nicht geht, wird niemand satt. Es ist nicht so, dass man nichts verändern kann, wie dies Bauernvertreter den Bauern seit 30 Jahren erzählen. Und jedes neue Denken abwürgen. Jedoch, wie Wurzeln einer Pflanze mit Kraft und Überzeugung durch jeden Felsen wachsen können, so sind die Bauern mit ihrer Kraft fähig, den Politik-Unfug für ihre Anliegen zu verändern.

Kammerwahl: Wer den UBV wählt, will eine andere Agrarpolitik

Eines muss jedem Bauern auch klar sein: Wenn es eine Kammerwahl gibt, sollte er zur Wahl gehen. Und wer will, dass sich die Agrarpolitik ändert, der muss sich aktiv einbringen. Zur Wahl gehen ist ei-

nes. Selbst kandidieren ist das stärkste Zeichen, dass man verändern will. Wir vom UBV laden herzlich alle, die eine andere Agrarpolitik wollen, ein, mit uns mitzugehen. Hinter einer Holunderstaude sitzen und jammern oder klunzen ändert nichts. Der UBV ist keine Partei. Wir stehen für ein Anliegen. Und das sind die Bauern und ihre Probleme, Fragen und Sorgen.

Wir suchen nicht Schuldige! Wir wollen Lösungen umsetzen

In dieser Ausgabe von Blick ins Land findet man einen Auszug der wichtigsten Themen, wo wir Lösungen haben, die man umsetzen kann. Unser Modell des Sockelbetrages zur Abgeltung ALLER erbrachten Bauernleistungen ist das richtige Modell für eine Bauernzukunft. Wir sind noch rund 100.000 Betriebe österreichweit mit mehr als 300.000 Beschäftigten in der Agrarwirtschaft. Wir sind nicht irgendwer. Wir sind jene, die das Land gestalten. Aber zukünftig nicht mehr umsonst.

Wir laden dich ein, ohne Vorgaben einer Parteizentrale mit uns Agrarpolitik für die Bauern zu machen. Wir haben für Interessierte, die mit uns mitkämpfen wollen, Platz – als Mitglied oder Kandidat! 😊



„Aus meiner Sicht ist es höchste Zeit, in der Landwirtschaft offen über bestehende Probleme und Herausforderungen zu sprechen. Man muss jene in der Verantwortung fragen, warum sie bisher Missstände zu wenig aufzeigten oder nicht offen ansprechen wollten. Für uns junge Bauern ist entscheidend, dass man Lösungen auf den Tisch legt und nicht nach Ausreden sucht. Wenn wir einen nachhaltigen, wirtschaftlich stabilen und gesellschaftlich akzeptierten Weg finden wollen, braucht es Transparenz, den Mut zur klaren Analyse und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Ich finde, die Vorschläge und die Herangehensweise des UBV sind sehr gut. Da bin ich als junge Bäuerin gerne mit dabei.“

Christina Taucher, 22 Jahre, Jungbäuerin – Obstbau, Direktvermarktung – aus Eggersdorf



UBV-Landeskammerräte, v.l.n.r.: Gerhard Mariacher, Barbara Kapaun-Lerchbaum, Hans Ilsinger, Martin Pfeifer



Die Landeskammerräte des UBV Steiermark 2021 mit v.r.n.l.: LKR Mag. Gerhard Mariacher, LKR UBV-Obmann Johann Ilsinger, LKR Hans Herbst (leider verstorben) und LKR Josef Wallner



Bei der Versorgungs-Sicherheits-Tour von Minister Norbert Totschnig überreichte eine UBV-Delegation wichtige Anliegen der Bauern, v.l.n.r.: BKR Andreas Gusterhuber, BKR Christine Landl, BKR Thomas Schellnegger, LO LKR Hans Ilsinger, BKR Werner Paar



Bauernstammtisch in der Südweststeiermark mit v.r.n.l.: BKR Josef Aldrian, LKR Gerhard Mariacher, Milchbäuerin Elisabeth Pfaffenthaler, BKR Thomas Schellnegger, LKR Josef Wallner und Unternehmer Josef Joschi Kaltenecker

Der UBV im Gespräch

Man tut gerne so, als ob mit dem UBV niemand reden würde. Die nachstehenden Bilder zeigen, mit dem UBV redet man immer und überall.

Wir haben alle wichtigen Anliegen der Bauern mit konkreten Lösungsvorschlägen an alle entscheidenden Institutionen wie Gremien schriftlich überreicht.

**Es gilt: Wo ein Wille, da ein Weg.
Wo kein Wille, da Ausreden.**



Der UBV war mit 37 Forderungen in Brüssel – UBV-Tirol-Obmann mit GD Wolfgang Burtscher



Der UBV-Bundesvorstand mit vielen Anliegen vor der Generaldirektion Landwirtschaft in Brüssel



Mit GD Wolfgang Burtscher gab es ein sehr emotionelles Gespräch, das lange dauerte



LKR Martin Pfeifer und LKR Barbara Kapaun (beide aus der Steiermark) mit Minister Norbert Totschnig



UBV-Bundesvorstand mit 37 mächtigen Forderungen für eine gute Bauernzukunft bei Minister Norbert Totschnig



UBV-Obmann Karl Keplinger und UBV-Salzburg-Obmann Josef Tiefenbacher mit Bayerns Bauernverbandspräsident Günther Felßner



Bauerndemo in Wien: 42 Traktore brachten 42 Forderungen zur Politik, dem Parlament; v.l.n.r.: Keplinger, Isinger, Enthofer, Belakowitsch, Rosenkranz, Kaltenegger, Großpötl, Hochwallner



Beispiel Semmel, v.l.n.r.: Werner Hirsch NÖ, BO Karl Keplinger, Alfred Enthofer (LO Tirol)



Bauerndemo Wien, v.l.n.r.: Walter Rosenkranz, Florian Taucher (Obmann-Stellvertreter Stmk), Alfred Enthofer (Obmann Tirol), Hans Isinger (Obmann Stmk)



UBV trifft Deutschlands Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer



UBV trifft LK-Präsident Josef Moosbrugger mit Ländervertretern: Thema: 37 UBV-Forderungen



Der UBV fordert die Gülleverdünnung mit Wasser als Alternative zur überbeurteilten bodennahen Gülleausbringung. Zig Gespräche, u.a. im Bundesumweltamt; v.l.n.r.: Josef Handl, Bernhard Tafelmeier-Marin, Josef „Joschi“ Kaltenegger, Herbert Hochwallner

Rund 150 Anträge für bessere Bauerneinkommen vom BB abgelehnt!

Wir suchen nicht „Schuldige“, es braucht jedoch gute, umsetzbare Lösungen.

Warum sich die Bauernvertretung weigert, Lösungen herbeizuführen, weiß nur sie. Der UBV hat in den letzten Jahren österreichweit rund 150 Anträge mit konkreten Lösungen

eingetragen. Sie werden bei den Vollversammlungen der Landeskammern von der Mehrheitsfraktion Bauernbund abgelehnt oder einem Ausschuss zugewiesen, wo man dann oft erst ein Jahr später darüber disku-

tiert, um sie dann abzulehnen. Nachstehend ein Auszug. Manche verramscht man in zahnlosen Resolutionen. Alle UBV-Anträge sind auf der UBV-Website www.ubv.at nachzulesen.

Beispiele für Anträge des UBV	Reaktion Mehrheitsfraktion BB
Sofortige Abgeltung der Inflation bei allen öffentlichen Mitteln Das sind seit dem EU-Beitritt 100 Prozent. Es braucht daher eine Verdoppelung aller Ausgleichszahlungen.	Vom BB abgelehnt. Seit 2024 gibt es – wegen der NR-Wahl – eine Micky-Maus-Inflationsabgeltung bei ÖPUL-Maßnahmen.
Erhöhung der Mehrwertsteuer bei allen Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft auf 20 Prozent Die Erhöhung der Ust auf 20 Prozent wäre sofort ein Einkommensplus durch die Pauschalierung.	Vom BB abgelehnt.
Import- und Handelsverbot für Produkte, die nicht mit den gleichen Auflagen und Standards erzeugt werden	Vom BB abgelehnt.
Maximal 100 Prozent Preisaufschlag bei Lebensmitteln auf den Einkaufspreis im LEH Damit ist dem Preis-Dumping mit billigen Importprodukten ohne Auflagen ein Riegel vorgeschoben.	Vom BB abgelehnt.
Kontrolle aller Lebensmitteltransporte (Importe) Derzeit ist dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Wir wollen das ändern. LK, AK, AMA sollten die Kontrollen machen.	Vom BB abgelehnt.
NEIN zu internationalen Handelsverträgen wie MERCOSUR oder mit der Ukraine Zustimmung nur dann, wenn die Verluste der Bauern zu 100 Prozent indexgesichert abgegolten werden.	Vom BB abgelehnt.
Abgeltung ALLER von den Bauern erbrachten Leistungen – echte Leistungsabgeltung nach dem UBV-Sockelbetragsmodell	Vom BB abgelehnt.
Abgeltung der Speicherung von CO₂ und der Erzeugung von Sauerstoff Nur durch Bauern bewirtschaftete Flächen speichern CO ₂ ein. Aber Autokonzerne wie Tesla handeln mit CO ₂ – sie kassieren also mit unseren Leistungen. Das passt so nicht.	Vom BB abgelehnt.
Gesetzlich verankertes Wassernutzungsrecht für die Bauern zur Erzeugung von Lebensmitteln	Vom BB abgelehnt.
Nationale Abgeltung aller Kürzungen von GAP-Geldern	Vom BB abgelehnt.
Stopp der sittenwidrigen Verträge (Mehrfachantrag) Da haftet immer der Bauer, egal ob er schuld ist oder nicht. Das gibt es sonst nirgendwo.	Vom BB abgelehnt.
Nur 1 Mehrfachantrag in der Periode mit jährlicher Korrekturmöglichkeit Abbau der Bürokratie um 50 Prozent	Vom BB abgelehnt.
Ersatzlose Streichung der EU-Entwaldungsverordnung Das ist eine Enteignung. Und in einem Land, wo jährlich hunderte Hektar zuwachsen, braucht man diese reine Schikane nicht!	Vom BB abgelehnt.

Agrarpolitik geht auch ohne Parteipolitik: Es braucht Lösungen und keine Schuldigen

Die politischen Parteien wollen uns immer weismachen, dass es nur mit ihnen Lösungen gibt. Die aktuelle Politik beweist aber täglich, dass sie nichts kann oder nichts will. Der ÖUBV beweist, dass man keine Parteiapparate braucht, um eine Perspektive für Bauern

zu entwickeln. Wir sind keine Partei. Wir versuchen nur, konkrete Lösungen für die Bauern zu erwirken. Wir haben konkrete Vorschläge für eine neue Agrarpolitik gemacht. Diese ist umsetzbar und leistbar. Man muss es aber wollen. Dafür kämpfen wir. Sie hat nur einen Nachteil für Politiker:

Es braucht keinen Parteiapparat. Wir laden dich daher herzlich ein, unterstütze uns mit deiner Mitgliedschaft oder als Kandidat. Es geht um was Gutes. Es geht um uns Bauern, um unseren Berufsstand. Wenn wir uns nicht selber gut aufstellen, tut es niemand anderer für uns.



Beitrittserklärung

Hiermit trete ich dem Österreichischen Unabhängigen Bauernverband bei und erkläre mich bereit, diesen mit einem jährlichen Beitrag bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Geb.-Datum: _____

Adresse: _____

Bezirk: _____

Telefon/Mobil-Nr.: _____

WhatsApp: ☐ Ja ☐ Nein

E-Mail: _____

☐ Ich bin ebenfalls interessiert, aktiv mitzuwirken und in meiner Region als Ansprechpartner zu fungieren.

☐ Ich stimme zu, dass meine angeführten Daten vom Unabhängigen Bauernverband zum Zwecke des Sendens von Informationen gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich kann diese Einwilligung jederzeit widerrufen.

Ich erhalte die Unabhängige Bauernzeitung kostenlos (nach Einzahlung des Mitgliedsbeitrages).

Mitgliedsbeitrag: 30 Euro (OÖ, Ktn., Sbg., Vlb.); 40 Euro (NÖ, Bgld., Wien, Tirol); 50 Euro (Stmk.)

☐ Ich zahle den Mitgliedsbeitrag bis auf Widerruf per Zahlschein. Es folgt die Mitgliedervorschreibung vom jeweiligen Bundesland.

☐ Ich zahle den Mitgliedsbeitrag bis auf Widerruf direkt mittels Abbuchungsauftrag. Meine Daten lauten:

Name des Kontoinhabers: _____

IBAN: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Beitrittserklärung bitte senden an: Österr. Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting
office@ubv.at, WhatsApp: 0650/26 24 245